



Nr. Rat 02/06

**Niederschrift über die  
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg (Oldb)**

Sitzungsdatum: **Montag, den 27.03.2006**

Sitzungsort: **Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3, Veranstaltungssaal**

**Teilnahme:**

Herr Oberbürgermeister Dietmar Schütz

**vom Rat**

Frau Germaid Eilers-Dörfler	SPD	2. Bürgermeisterin
Herr Hans-Henning Adler	Linkspartei	
Frau Andrea Ahrens	CDU	
Herr Tahsin Albayrak	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Kurt Bernhardt	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernd Bischoff	SPD	
Herr Hans-Peter Blöcker	CDU	
Frau Maria Bollerslev	SPD	
Frau Ursula Burdick	SPD	
Frau Margrit Conty	SPD	
Frau Gabriele Dammers	FDP	
Herr Manfred Drieling	CDU	
Herr Bernhard Ellberg	SPD	
Frau Christiane Flemming-Schneider	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Else Hartmann	SPD	
Herr Heinz Harzmann	CDU	
Frau Luzie Hille	SPD	
Herr Gerd Hochmann	CDU	
Herr Werner Kaps	SPD	
Herr Hans-Jürgen Klarmann	CDU	
Herr Dr. Gerhard Knake	SPD	
Herr Nils Krummacker	FDP	
Frau Anne Lück	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Susanne Martitz	SPD	
Frau Susanne Menge	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Joachim Mühlbradt	SPD	
Herr Rolf-F. Müller	CDU	
Frau Gesine Multhaupt, MdB	SPD	
Frau Birgit Neumann	CDU	
Frau Sibylle Neumann-Gäßler	SPD	
Frau Bärbel Nienaber	SPD	

Herr Dr. Georg Wilhelm Niewerth	CDU
Frau Dr. Esther Niewerth-Baumann	CDU
Herr Franz Norrenbrock	BFO
Herr Paul-Dieter Reck	CDU
Herr Klaus-Dieter Reinking	FDP
Frau Solveig Rohde-Breitkopf	CDU
Herr Michael Rosenkranz	CDU
Frau Herma Rudolph	SPD
Frau Waldtraut Scheibert	CDU
Frau Birgit Scheller	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hans-Richard Schwartz	FDP
Frau Anne Seggern, von	SPD
Herr Andreas Siek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ralf Thole	SPD
Frau Elena Woltemade	Linkspartei
Frau Maike Würdemann	CDU
Herr Rainer Zietlow	SPD

### von der Verwaltung

Frau Stadträtin Silke Meyn  
Herr Stadtrat Martin Schumacher  
Herr Stadtbaurat Dr. Frank-Egon Pantel  
Frau Ltd. Städt. Direktorin Inge von Danckelman  
Herr Jürgen Krogmann

Pressesprecher

### Protokollführer/in

Frau Kornelia Jerke

### **Abwesend sind:**

### vom Rat

Herr Alfred Nehring	SPD	1. Bürgermeister
Herr Dr. Jochen Pade	Bündnis 90/Die Grünen	

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr  
Sitzungsende: 21.15 Uhr

### Hinweis:

Mit Ausnahme der **Anlagen 2 und 21** wurden die Unterlagen bereits zur Sitzung versandt.

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 01/2006 (öffentlicher Teil)  
vom 27.02.2006
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Verwaltungsausschuss vom 27.03.2006
- 6.1 Außerplanmäßige Bewilligung für die Finanzierung eines zivilgerichtlichen Vergleiches 06/0276

6.2	Beitrittsbeschluss zum Haushalt 2006 und zum Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebes Weser-Ems Halle	06/0292
7	Haushalts- und Finanzausschuss vom 01.03.2006	
7.1	Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 647.900 EUR für das Schulzentrum Eversten für den Umbau für den Ganztagsbetrieb (IZBB-Maßnahme)	06/0151
7.2	Überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 60.000 EUR für die Sanierung der Toilettenanlagen im Herbartgymnasium	06/0153
7.3	Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 229.100 EUR für die Ausstattung des Schulzentrums Eversten mit Einrichtung und Lehrmitteln für den Ganztagsbetrieb	06/0157
8	Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 02.03.2006	
8.1	Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes N-403 I (Posthalterweg) - Prüfung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	06/0057
8.2	Bebauungsplan N-800 E (Stadtteil Alexanderhaus/Quartier-West) mit örtlichen Bauvorschriften - Prüfung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	06/0145
9	Ausschuss für Wirtschaftsförderung vom 13.03.2006	
9.1	Berufung eines beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung	06/0229
10	Verkehrsausschuss vom 20.03.2006	
10.1	Benennung von Straßen "Friedrich-Schohusen-Straße"	06/0187
10.2	Straßenbenennung Hermann-Ehlers-Platz	06/0258
11	Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder	
11.1	Geänderte Tagesordnung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2006)	
11.2	Resolution - Tschernobyl ist nicht vergessen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2006)	
11.3	Deftig Ollnborger Gröönkohl-Äten - Neukonzeption (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2006)	
11.4	Erweiterung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen und Kulturausschuss (SPD-Fraktion vom 08.03.2006)	
11.5	Abwahl und Neuwahl des Vertreters des Rates im Verbandsausschuss des Landeselektrizitätsverbandes (LEV) (Fraktion der Linkspartei vom 13.03.2006)	06/0291
11.6	Verlängerung des Lambertimarktes (Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen vom 14.03.2006)	06/0296
11.7	Wettbewerb zukunftsfähige Kommune (Fraktion der Linkspartei vom 15.03.2006)	

Nichtöffentlicher Teil

-----

## Öffentlicher Teil

### zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er übermittelt Herrn Ratsvorsitzenden Nehring, der heute aus gesundheitlichen Gründen an der Sitzungsleitung gehindert sei, ausdrücklich herzliche Genesungswünsche im Namen des Rates.

### zu 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck erklärt, dass TOP 3 abgesetzt werden müsse, da die Niederschrift Nr. 01/2006 vom 27.02.2006 noch nicht vorliege. Des Weiteren müsse TOP 10.2 abgesetzt werden, da dieser Punkt im Fachausschuss vertagt worden sei.

Die so geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

- einstimmig -

### zu 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 01/2006 (öffentlicher Teil) vom 27.02.2006

- abgesetzt - (s. TOP 2).

### zu 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- liegen nicht vor -

### zu 5 Einwohnerfragestunde (Anlagen 1 und 2)

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck bittet Herrn Peter Djordjevic an das Rednerpult um seine Frage zum Thema Überprüfung von Wirtschaftsgemeinschaften im Zusammenhang mit Arbeitslosengeld (ALG) II-Bezug zu stellen, die dieser anschließend verliest (Anlage 1).

Oberbürgermeister Schütz weist die Behauptung als unzutreffend zurück, dass Empfängerinnen und Empfänger von ALG II von Beratern, also Mitarbeitern der ARGE darauf hingewiesen werden, dass auf Verlangen der Stadt die Anweisungen zur Überprüfung der Daten insbesondere von „Wirtschaftsgemeinschaften“ verschärft worden seien. Somit gehe auch das Verlangen, er möge sich darum bemühen, dass die Stadt darauf hinwirkt, dass ALG II- Empfängerinnen und -empfänger nicht einem Generalverdacht ausgesetzt werden, in die Leere, da ein solcher Generalverdacht gar nicht bestehe.

Als zweiten Fragesteller ruft der Stellvertretende Ratsvorsitzende Herrn Bernd Röben auf, der eine Frage zur möglichen Änderung der Geschäftsordnung in Bezug auf geheime Abstimmungen stellt (**Anlage 2**).

Oberbürgermeister Schütz antwortet, dass grundsätzlich offen abgestimmt werde und die Geschäftsordnung zurzeit keine geheime Abstimmung vorsehe. Die Ge-

schäftsordnung könne aber jederzeit vom Rat selbst geändert werden.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck bedankt sich bei den Fragestellern und verabschiedet sie in den Zuschauerbereich.

**zu 6 Verwaltungsausschuss vom 27.03.2006**

**zu 6.1 Außerplanmäßige Bewilligung für die Finanzierung eines zivilgerichtlichen Vergleiches**

**Vorlage: 06/0276** (Anlage 3)

Ratsherr Siek kritisiert die kurzfristige Versendung der Vorlage und zeigt Unverständnis darüber, dass die Angelegenheit nicht durch einen Fachausschuss vorbereitet worden sei, obwohl der Vorschlag vom Gericht bezüglich des Vergleiches bereits am 02.03.2006 bei der Verwaltung eingegangen sei. Es möchte daher wissen, weshalb die Erstellung und Versendung der Vorlage über 3 Wochen gedauert habe. Bezüglich des Deckungsvorschlages für die außerplanmäßige Ausgabe bittet er um Mitteilung, bei welchem Vorhaben das Geld eingespart werden solle und aus welchem Grund dort eine Einsparung realisiert werden könne. Er fragt an, ob es nicht möglich sei, dieses Thema zunächst in einer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses ausführlich zu beraten. Letztlich beanstandet er, dass das Protokoll der letzten Ratssitzung noch nicht vorliege und auch die Protokolle einzelner Fachausschüsse immer häufiger nicht zur nächsten Sitzung vorlägen. Dieser Umstand behindere die Arbeit der Ratsfraktionen.

Stadträtin Meyn legt dar, dass die Verwaltung in den 3 Wochen nach Eingang des Vorschlages des Gerichtes die vorgeschlagenen Bedingungen eingehend geprüft und noch Details mit der Gegenseite verhandelt habe, um einen für die Stadt möglichst günstigen Vergleich schließen zu können. Eine Vorberatung im Haushalts- und Finanzausschuss sei terminlich nicht möglich gewesen, da das Gericht der Stadt Oldenburg eine Frist für die Zustimmung gesetzt habe, die Ende März auslaufe. Zur Frage nach dem Deckungsvorschlag verweist sie auf die Vorlage.

**Beschluss:**

Für einen außergerichtlichen Vergleich aus einem Rechtsstreit anlässlich der Schmutzwasserkanalbaumaßnahme Nordmoslesfehrer Straße (B 401) werden gemäß § 89 NGO vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2006 außerplanmäßig 75.000 EUR zur Haushaltsstelle 7000.950000-901 „Schmutzwasserkanal Nordmoslesfehrer Straße (B 401)“ bewilligt.

Zur Deckung stehen Haushaltsmittel bei der Haushaltsstelle 6300.950000-540 „Verbindung Wilhelmshavener Heerstraße / Butjadinger Straße“ zur Verfügung.

- mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen -

**zu 6.2 Beitrittsbeschluss zum Haushalt 2006 und zum Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebes Weser-Ems Halle**

**Vorlage: 06/0292** (Anlage 4)

Stadträtin Meyn erläutert die Haushaltsverfügung des Niedersächsischen Innenministeriums (MI) entsprechend der Vorlage.

Ratsherr Adler weist auf zwei Punkte in der Haushaltsverfügung hin, die seiner Ansicht nach besonders bedeutungsvoll seien:

Dies seien zum einen die Hinweise zur Weser-Ems Halle. Das MI habe ganz klar gesagt, dass sowohl der Eigenbetrieb als auch die GmbH defizitäre Töchter der Stadt Oldenburg seien. Die Defizite seien in den letzten Jahren immer wieder vergrößert worden, was wiederum auf die neu gebaute Sportarena zurückzuführen sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und seine Fraktion hätten von Anfang an ein großes finanzielles Risiko in der Sportarena gesehen und immer wieder auf die zu erwartenden Folgekosten hingewiesen. Auch das MI habe das Augenmerk nun auf diese Folgekosten gerichtet, was seine Fraktion in ihren damaligen Aussagen bestärke.

Das andere bedeutende Thema, das vom MI angesprochen worden sei, betreffe die Realsteuerhebesätze. Nach Aussage des MI müssten Einnahmereserven bei den Realsteuern voll ausgeschöpft werden. Der derzeitige Grundsteuerhebesatz liege mit 410 v. H. unter dem Durchschnitt niedersächsischer Städte. Er halte es für unehrlich, wenn aufgrund der bevorstehenden Kommunalwahl hierauf nicht weiter eingegangen werde. Dabei würde schon eine moderate Anhebung auf 420 v. H - auch bei der Gewerbesteuer - die Einnahmesituation der Stadt Oldenburg deutlich verbessern.

Ratsherr Bernhardt schließt sich der Auffassung seines Vorredners an. Auch seine Fraktion habe den Haushalt 2006 und die Haushalte der Weser-Ems Halle vor dem Hintergrund der langfristig nicht zu bewältigenden Defizite abgelehnt. Er bemängelt, dass angesichts der Kommunalwahl zu wenige Entscheidungen zur Abwendung der Defizite getroffen würden. So sehe die Finanzplanung zurzeit für den Haushalt 2007 eine Nettoneuverschuldung von 8 Mio. EUR vor, die laut MI nicht genehmigungsfähig sein werde. Die Schulden würden somit auf den Zeitraum nach der Kommunalwahl verschoben. Hinsichtlich der vom MI geforderten Verringerung des Gesamtbetrages der Kreditaufnahmen um 2,5 Mio. EUR habe die Verwaltung in ihrer Vorlage erklärt, dass sie zum einen die Ausgaben des Vermögenshaushaltes im Laufe des Haushaltsjahres um 600.000 EUR reduzieren werde und dass sie zum anderen davon ausgehe, bei den Grundstückserlösen Mehreinnahmen von 1,9 Mio. EUR für 2006 erzielen zu können. Ob dies tatsächlich möglich sei, könne seiner Meinung nach erst im Laufe des Jahres festgestellt werden. Abschließend weist er noch auf die für 2006 veranschlagten Schuldendienstleistungen hin und zeigt sich verwundert darüber, dass die Verwaltung trotz ihrer hohen Verschuldung davon ausgehe, die Auflagen des MI notfalls durch ein Verschieben von Haushaltsresten erfüllen zu können. In der Konsequenz würde dies auch ein Verschieben von Verbindlichkeiten an eine andere Stelle oder in ein anderes Jahr bedeuten. Da die finanzielle Situation der Stadt sich insgesamt sehr kritisch darstelle, habe seine Fraktion bereits den Haushalt 2006 abgelehnt und werde in der Konsequenz auch dem vorliegenden Beitrittsbeschluss nicht zustimmen.

Ratsherr Klarmann hält es für fraglich, ob tatsächlich 1,9 Mio. EUR Mehreinnahmen durch Grundstückserlöse erzielt werden können. Daneben merkt er bezüglich der Äußerungen seines Vorredners an, dass Stadträtin Meyn im Zusammenhang mit der Weser-Ems Halle nie davon gesprochen habe, etwas zu verschieben. Vielmehr sei es die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen Jahren gewesen, die gemeinsam mit der SPD-Fraktion immer wieder die sogenannte „Deckelung“ der Weser-Ems Halle beschlossen habe. Hinsichtlich der Maßgabe des MI zur Gegenfinanzierung des im Wirtschaftsplan der Weser-Ems Halle vorgesehenen Ideenwettbewerbes mache er deutlich, dass dies keine Fol-

gekosten der Sportarena seien, sondern aus dem Beschluss des Rates resultierten, die brach liegende Grundstücksfläche an der Maastrichter Straße zu vermarkten.

Stadträtin Meyn stellt richtig, dass die Bildung von Haushaltsresten, die sie bei Vorstellung der Vorlage kurz erwähnt habe, nicht bedeute, dass irgendwelche Maßnahmen verschoben würden. Vielmehr sei vorgesehen, die geforderte Einsparung von 2,5 Mio. EUR dadurch zu realisieren, dass der entsprechende Betrag bei dem Ansatz „Grundstücksankäufe“ zunächst gesperrt und erst nach und nach - je nach Eingang von Erlösen aus Grundstücksverkäufen - freigegeben werde. Mit diesem Vorgehen könne sichergestellt werden, dass die vom MI geforderte Reduzierung der Kreditaufnahme erfüllt werde. Im Hinblick auf die Äußerungen zu den Schulden der Weser-Ems Halle legt sie dar, dass sich der Zuschussbedarf der Weser-Ems Halle GmbH seit Jahren um 1 Mio. EUR bewege. Bislang habe sie keine Steigerung des Zuschussbedarfes durch die Sportarena feststellen können.

#### Beschluss:

Die Stadt Oldenburg tritt der Haushaltsverfügung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 22.03.2006 zum Haushalt 2006 und zum Wirtschaftsplan 2006 des Eigenbetriebes Weser-Ems-Halle bei.

- mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen -

### zu 7 **Haushalts- und Finanzausschuss vom 01.03.2006**

#### zu 7.1 **Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 647.900 EUR für das Schulzentrum Eversten für den Umbau für den Ganztagsbetrieb (IZBB-Maßnahme)** **Vorlage: 06/0151** (Anlage 5)

Ratsherr Thole weist darauf hin, dass das Volumen der folgenden drei Beschlüsse über 900.000 EUR betrage. Die SPD-Fraktion Oldenburg habe sich sehr für die Förderung und den Ausbau von Ganztagschulen eingesetzt und wolle flächendeckend - über die Haupt- und Realschulen hinaus - die Einrichtung von Ganztagsangeboten in Schulen unterstützen, weil dies eine große Rolle für die Chancengleichheit von Kindern spiele. Er danke in diesem Zusammenhang Ratsfrau Mulhaupt, die sich für eine Unterstützung durch den Bund eingesetzt habe. Die SPD-Fraktion hoffe, dass die anderen Ratsfraktionen die Notwendigkeit der Einrichtung von Ganztagschulen unterstützen.

#### Beschluss:

Für den Umbau der Haupt- und Realschule im Schulzentrum Eversten für den Ganztagsbetrieb werden gemäß § 89 NGO vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 außerplanmäßig 647.900 EUR zur Haushaltsstelle 2114.940000-901 „Schulzentrum Eversten, Schaffung Ganztagsangebot (einschl. Außenanlagen)“ genehmigt.

Zur Deckung stehen Haushaltsmittel bei der Einnahmehaushaltsstelle 2114.360000.901 „Zuschuss vom Bund für die Schaffung von Ganztagsangeboten am Schulzentrum Eversten“ zur Verfügung (Zuwendungsbescheid vom 19.12.2005).

- einstimmig -

zu 7.2 **Überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 60.000 EUR für die Sanierung der Toilettenanlagen im Herbartgymnasium**  
**Vorlage: 06/0153** (Anlage 6)

**Beschluss:**

Für die Sanierung der Toilettenanlagen im Herbartgymnasium werden gemäß § 89 NGO vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 überplanmäßig 60.000 EUR zur Haushaltsstelle 2300.940300-002 „Herbartgymnasium, Sanierung“ genehmigt.

Zur Deckung stehen Haushaltsmittel bei der Haushaltsstelle 5600.940000-015 „Sport- und Freizeitpark Osternburg, Sporthalle“ zur Verfügung.

- einstimmig -

zu 7.3 **Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 229.100 EUR für die Ausstattung des Schulzentrums Eversten mit Einrichtung und Lehrmitteln für den Ganztagsbetrieb**  
**Vorlage: 06/0157** (Anlage 7)

**Beschluss:**

Für die Ausstattung der Haupt- und Realschule im Schulzentrum Eversten für den Ganztagsbetrieb werden gemäß § 89 NGO vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 außerplanmäßig 229.100 EUR zur Haushaltsstelle 2114.935000-901 „Schulzentrum Eversten, Einrichtung und Lehrmittel“ genehmigt.

Zur Deckung stehen Haushaltsmittel bei der Einnahmehaushaltsstelle 2114.360100-901 „Zuschuss vom Bund für Einrichtung und Lehrmittel“ zur Verfügung (Zuwendungsbescheid vom 19.12.2005).

- einstimmig -

zu 8 **Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 02.03.2006**

zu 8.1 **Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes N-403 I (Posthalterweg)**  
**- Prüfung der Stellungnahmen**  
**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 06/0057** (Anlage 8)

Ratsherr Siek erklärt, dass seine Fraktion dem geänderten Satzungsentwurf nicht zustimmen werde, was u. a. mit den Regelungen zusammenhänge, die für das so genannte Sondergebiet SO 2 (außerhalb des Famila-Verbrauchermarktes) getroffen werden sollen. Seine Fraktion sei mit der Vorlage im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen nicht einverstanden gewesen und leider seien dort auch nicht alle Fragen beantwortet worden. So sei im Satzungsentwurf u. a. vorgesehen, dass die Summe aller Verkaufsflächen im SO 2 nicht mehr als 20 000 m<sup>2</sup> betragen dürfe. Die Frage, wie viel Verkaufsfläche vorhanden sei, habe die Verwaltung jedoch nicht beantworten können, so dass nicht absehbar sei, mit wie viel Ge-



samtfläche auf dem Familia-Areal gerechnet werden müsse. Daneben kritisiere seine Fraktion die grundsätzliche Betrachtungsweise von Verkaufsflächen, die sich auf Gutachten stütze, die größtenteils Prosa-Charakter hätten. Die in den Gutachten vorgenommene Einschätzung, welche Art von Märkten innenstadtrelevant sei und welche nicht, könne er nicht immer teilen. So halte er z. B. Baumärkte, die Fahrräder oder Reisen anböten, sehr wohl relevant für die Innenstadt. Insgesamt halte seine Fraktion das gesamte Familia-Gelände und die Umgebung für anachronistisch, weil die Besucher die meisten Strecken zwischen den Märkten mit dem Auto zurücklegten. Nun solle zusätzlich auch noch die Erreichbarkeit dieses Einkaufszentrums durch eine eigene Autobahnabfahrt derart vergrößert werden, dass der Umsatz, der dort gemacht werde, in Bezug auf die vorhandene Fläche voraussichtlich steigen werde. Dieser Umsatz werde dann in der Innenstadt fehlen. Während der Oberbürgermeister immer von der „Jobmaschine Einzelhandel“ spreche, sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hierin eher eine Vernichtung von qualifizierten Arbeitsplätzen.

Ratsherr Kaps macht deutlich, dass das Fachmarktzentrum Wechloy sich neben der Innenstadt zum größten Einzelhandelsstandpunkt der Stadt entwickelt habe. Die gesamte Anlage sei allerdings mittlerweile etwas veraltet und müsse daher modernisiert werden. Mit der Modernisierung sei nun auch eine Vergrößerung der Verkaufsfläche geplant. Obwohl der Standort Wechloy einen Anziehungspunkt für viele Kunden aus dem Umland darstelle, sehe auch seine Fraktion die Gefahr, dass sich ein ungestörtes Flächenwachstum nachteilig auf den Einzelhandel in Oldenburg auswirken könnte. Die SPD-Fraktion wolle daher den vorhandenen Bebauungsplan dahingehend modifizieren, dass die bauliche Ausnutzung reduziert werde, aber auf der anderen Seite noch Spielräume für künftige Entwicklungen gelassen werden. Dies solle jedoch in der Art passieren, dass es für die Innenstadt verträglich sei. So solle beispielsweise nach der Vorstellung seiner Fraktion der Bestand der im SO 2-Gebiet angesiedelten Fachmarktzentren, die teilweise auch innenstadtrelevant seien, festgeschrieben werden; zusätzliche Verkaufsfläche solle nur noch für nicht-innenstadtrelevante Sortimente geschaffen werden. Zu einer Modernisierung des Fachmarktzentrums Wechloy gehöre jedoch auf jeden Fall auch eine verbesserte verkehrliche Erschließung, was nach den Plänen der Verwaltung durch eine eigene Autobahnabfahrt und andere Maßnahmen realisiert werden solle. Nach Prüfung der Stellungnahmen werde die SPD-Fraktion dem vorgelegten Satzungsentwurf zustimmen.

Ratsherr Adler macht darauf aufmerksam, dass durch die Änderung der Verkehrsführung auf der einen Seite die Ausweitung für Familia erleichtert werde, auf der anderen Seite jedoch der Zuwachs des Fachmarktzentrums durch einige Regelungen wieder begrenzt werden solle. Letztlich hätte Familia die Erweiterung aber nur durch die zusätzliche Autobahnabfahrt realisieren können. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass die Stadtverwaltung Familia zu weit entgegengekommen sei und sie die Ausweitung noch stärker hätte begrenzen sollen. Aus diesem Grund werde seine Fraktion der Änderung des Bebauungsplanes nicht zustimmen. Schließlich bestehe hier auch ein Zusammenhang mit ECE: Hierfür seien im Vorfeld bereits Gutachten eingeholt worden, aus denen hervorgegangen sei, dass ein solches Vorhaben wirtschaftlich für die Innenstadt-Kaufleute nur dann verträglich sei, wenn nicht auch noch außerhalb der Innenstadt weitere Verkaufsflächen hinzukämen. Auch vor diesem Hintergrund hätte die Verwaltung viel restriktiver mit Familia verhandeln müssen.

Oberbürgermeister Schütz äußert im Hinblick auf die Aussagen des Ratsherrn Siek die Vermutung, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohnehin jede Wei-

terentwicklung verhindern wolle. Er weist darauf hin, dass Famila - wie jeder andere Betrieb auch - einen Anspruch auf Sanierung und Modernisierung habe. Er legt dar, dass Famila ursprünglich eine zusätzliche Verkaufsfläche von 20.000 m<sup>2</sup> beansprucht gehabt habe. Diese gewünschte Größenordnung habe die Stadtverwaltung in Gesprächen auf 7.000 m<sup>2</sup> reduzieren können, mit der Vorgabe, dass davon lediglich 3.000 m<sup>2</sup> auf innenstadtrelevante Sortimente entfallen dürften. Dieses Ergebnis werte er als Erfolg der städtischen Planungen und Verhandlungen. Selbstverständlich müsse die Entwicklung beim Fachmarktzentrum in Wechloy auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Innenstadt gesehen werden. Dies sei im Einzelhandelsentwicklungskonzept (EEK)-Prozess auch umfassend diskutiert worden. Wichtig sei ihm in erster Linie die Stärkung der Innenstadt, was er auch Famila gegenüber immer wieder deutlich gemacht habe.

Ratsherr Klarmann merkt an, dass der Rat der Stadt Oldenburg schon vor Jahren Bebauungspläne für den Famila-Standort Wechloy beschlossen habe, so dass eine Ausweitung der Verkaufsflächen nicht völlig überraschend gekommen sei. Mit den für die Erweiterung erforderlich gewordenen verkehrlichen Maßnahmen tue sich die CDU-Fraktion allerdings nach wie vor schwer. Er erinnert in diesem Zusammenhang an das geplante Güterverkehrszentrum im Stadtsüden, wo es lange Verhandlungen gegeben habe, um einen Autobahnanschluss im Bereich des Sprungweges zu realisieren. Letztlich sei dieser vom Land abgelehnt worden. Als es jedoch nun um die verbesserte verkehrliche Erschließung des Famila-Geländes gegangen sei, sei eine neue Abfahrt ohne Probleme genehmigt worden. Die CDU-Fraktion sei verwundert darüber, dass hierzu nicht einmal Gutachten gefordert worden seien, wie es bei anderen Vorhaben üblich sei. Um das weitere Verfahren nicht zu behindern, werde seine Fraktion trotz der geäußerten Bedenken einer heutigen Beschlussfassung nicht entgegenstehen.

Ratsherr Bernhardt betont, dass seine Fraktion keine „Verhinderungspartei“ sei, wie es Oberbürgermeister Schütz vorhin dargestellt habe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe z. B. der Ansiedlung von Einzelhandel am Alexanderhaus sowie auf dem ehemaligen Pekol-Gelände an der Alexanderstraße zugestimmt, sie habe die Verlagerung und Vergrößerung des Irma-Marktes an der Edewechter Landstraße unterstützt und sie werde auch die Ansiedlung von IKEA unterstützen, wenn diese am richtigen Standort und ohne das diskutierte Einzelhandels-Fachmarktzentrum umgesetzt werde. Insgesamt werde die Stadt Oldenburg entsprechend den Aussagen in der EEK-Sitzung rund 100.000 m<sup>2</sup> zusätzliche Verkaufsfläche bekommen, wenn alle Projekte - wie geplant - realisiert würden. Zum Vergleich führt er an, dass die gesamte Innenstadt (Fußgängerzone) ebenfalls über eine Verkaufsfläche von rund 100.000 m<sup>2</sup> verfüge. Dieser Vergleich lege die Vermutung nahe, dass bei einer derartigen Ausweitung von Verkaufsflächen anderswo Betriebe schließen müssten. Dies werde sich sowohl in den Umlandgemeinden als auch in den Ausfallstraßen und vor allem in den Stadtteilzentren zeigen.

Stadtbaurat Dr. Pantel führt aus, dass der Einzelhandelsentwicklung zweifellos nicht unproblematisch sei. Die Verwaltung bemühe sich aber, die Entwicklungen gerade in den zentrumsrelevanten Bereichen im Griff zu behalten. Bezüglich der verkehrlichen Situation in Wechloy macht er deutlich, dass die Ammerländer Heerstraße durch die neue Autobahnabfahrt deutlich entlastet werde, was die Verwaltung sehr begrüße. Die Politik müsse bedenken, dass nur maximal 3.000 m<sup>2</sup> der neuen Verkaufsfläche ein innenstadtrelevantes Sortiment führen dürften und dass die Innenstadtkaufleute die Expansion des Standortes Wechloy bislang nicht problematisiert hätten. Letztlich sei es die Aufgabe der Stadt, das

Wachstum von Unternehmen in einer Feinabstimmung zu steuern.

Ratsherr Norrenbrock verdeutlicht, dass bei Beurteilung des Expansionsvorhabens in Wechloy in erster Linie die Verkaufsflächen betrachtet werden müssten, die in den Verhandlungen erheblich reduziert werden konnten. Auch bei anderen Verkaufsflächen wie z. B. dem ehemaligen Pekol-Gelände oder einem Gelände an der Nadorster Straße seien die Verkaufsflächen deutlich reduziert worden und können als verträglich gegenüber der Innenstadt, aber auch gegenüber den Stadtteilzentren, eingestuft werden.

Ratsherr Drieling lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass die Fa. Bünting ein gewinnorientiertes Unternehmen sei, das vor dem Hintergrund einer höheren Kaufkraft-Erzielung in die Verkehrswege in Oldenburg investiere. Demzufolge müsse auch die Stadt ihre Verkehrswege in die Innenstadt verbessern und das Parkproblem lösen, um dort ebenfalls eine höhere Kaufkraft erzielen zu können.

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage geprüft.

Die Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes N-403 I für Flächen im Bereich Posthalterweg/Ammerländer Heerstraße und BAB A 28 wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

- zu 8.2 **Bebauungsplan N-800 E (Stadtteil Alexanderhaus/Quartier-West) mit örtlichen Bauvorschriften**  
**- Prüfung der Stellungnahmen**  
**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 06/0145** (Anlage 9)

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage geprüft. Der Bebauungsplan N-800 E mit örtlichen Bauvorschriften für Flächen östlich der Alexanderstraße und südlich der Straße Am Alexanderhaus wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

- einstimmig -

- zu 9 **Ausschuss für Wirtschaftsförderung vom 13.03.2006**

- zu 9.1 **Berufung eines beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung**  
**Vorlage: 06/0229** (Anlage 10)

Beschluss:

Als neues beratendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung wird für den Bereich der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer Herr Geschäftsführer Theo Hünnekens berufen.

Die so geänderte Zusammensetzung des Ausschusses wird festgestellt.

- einstimmig -

zu 10 **Verkehrsausschuss vom 20.03.2006**

zu 10.1 **Benennung von Straßen "Friedrich-Schohusen-Straße"**

**Vorlage: 06/0187** (Anlage 11)

Beschluss:

Die vom Grashornweg nach Südwesten abzweigende Straße im Bereich des Bebauungsplanes N-755 (Nördlich Ohmsteder Kirche) wird „**Friedrich-Schohusen-Straße**“ benannt.

- einstimmig -

zu 10.2 **Straßenbenennung Hermann-Ehlers-Platz**

**Vorlage: 06/0258** (Anlage 12)

Dieser TOP wurde abgesetzt (s. TOP 2).

zu 11 **Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder**

zu 11.1 **Geänderte Tagesordnung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2006)** (Anlage 13)

Ratsfrau Lück verliert den Antrag (Anlage 13) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und begründet den Vorschlag mit der steigenden Politikverdrossenheit. Es sei die Aufgabe des Rates, alle Maßnahmen zu ergreifen, um das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Politik zu stärken. Die jetzige Struktur der Sitzungen, nämlich das Abarbeiten von Routinetagesordnungspunkte zu Beginn der Tagesordnung, sei nicht dazu geeignet, das Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu wecken und werde als langweilig empfunden. Die Anträge der Fraktionen, die bisher am Ende der jeweiligen Sitzung behandelt würden, seien in der Regel die politisch interessanten und brisanten Themen. Oftmals würden mit diesen Anträgen auch Begehren aus der Bürgerschaft aufgegriffen, so dass ein langes Warten bis zur Behandlung dieser Anträge nicht bürgerfreundlich sei. Nicht umsonst stehe die Einwohnerfragestunde zu Beginn der Sitzung auf der Tagesordnung. Es sei ein Akt der Höflichkeit, die Tagesordnungen künftig entsprechend umzustellen. Ernsthafte Einwände gegen den Vorschlag der Fraktion könne es nicht geben.

Ratsherr Schwartz äußert, dass der Antrag auf den ersten Blick sympathisch klinge, es jedoch nicht sinnvoll sei, wenn die Fraktionen mit dem Einbringen ihrer Anträge überwiegend die Geschicke des Rates bestimmten. Wenn er sich die Inhalte der eingebrachten Themen der Fraktion zur heutigen Sitzung ansehe, so stelle er fest, dass es sich hier um Dinge handele, die nichts auf der Tagesordnung einer Ratssitzung als solche zu suchen hätten. Es werde hier eine Wahlkampfserie aufgebaut, was sich auch damit belegen lasse, dass in den letzten 7 Monaten 13 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt worden seien, in den 7 Monaten davor lediglich 3 Anträge. Der Rat müsse sich zuerst auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Die FDP-Fraktion lehne daher den Antrag ab.

Ratsherr Klarmann stimmt seinem Vorredner zu. Mit Blick auf die Tagesordnung

der heutigen Sitzung, die 7 Anträge der Fraktionen beinhalte, gehe es hier offensichtlich nur um Wahlkampf. So kurz vor Ende der Wahlperiode sei es nicht mehr angemessen die Geschäftsordnung zu ändern. Die Abwicklung der Tagesordnung habe sich in den vergangenen Jahren bestens bewährt.

Ratsfrau Menge erinnert daran, dass mit der Zustimmung zum Antrag schließlich nicht nur die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sondern die Anträge aller Fraktionen vorgezogen würden, was mit Blick auf die Bürgerbeteiligung sehr loblich sei. Im Übrigen seien in der Vergangenheit auch Themen im Rat diskutiert worden, die eigentlich in einen Fachausschuss gehörten. Der Rat habe schließlich die Kompetenz, zu entscheiden, ob ein Antrag im Rat diskutiert oder in den Fachausschuss verweisen werden solle. Nach ihren Informationen werde der Lokalsender oeins die Übertragungszeit der Ratssitzungen künftig aus organisatorischen Gründen auf 2 Stunden begrenzen, so dass es auch vor diesem Hintergrund Sinn mache, die Anträge zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

Ratsherr Dr. Knake weist auf die in der Vergangenheit auch schon genutzte Möglichkeit hin, unter dem TOP 2 „Genehmigung der Tagesordnung“ Beratungsgegenstände vorzuziehen, wenn es denn Sinn mache. Dies jedoch im Zeichen der vielen „Schauanträge“ generell so zu handhaben, halte er nicht für angemessen. Der Rat müsse seriös bleiben und vorrangig die Ergebnisse aus den Fachausschüssen abarbeiten.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck lässt über den Antrag abstimmen:

Der Antrag wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei acht Gegenstimmen -

zu 11.2 **Resolution -- Tschernobyl ist nicht vergessen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2006)**

(Anlage 14)

Ratsfrau Lück erinnert vor dem Hintergrund der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünschten Resolution an den Reaktorunfall in Tschernobyl und die Folgen. Die Katastrophe habe vielen Menschen verdeutlicht, dass diese Technik nirgends sicher sein könne und auch in Deutschland seien daraufhin viele Initiativen gegründet worden, die sich dem schon vorher bestandenen Widerstand der Antiatomkraftbewegung angeschlossen hätten. Nun, zwanzig Jahre nach der Reaktorkatastrophe, erfahre die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie durch die Diskussion um die Laufzeitverlängerung sogar eine Renaissance. Dies sei auch insbesondere vor dem Hintergrund des Alters der Atomkraftwerke völlig verantwortungslos. Es komme schon jetzt nach Aussagen von Sicherheitsexperten fast jeden zweiten Tag zu Betriebsstörungen in den deutschen Kernkraftwerken. Sie erinnert an verschiedene Vorfälle, u. a. auch an das vorschriftswidrige Abschalten eines Sicherheitssystems in dem nur 30 Kilometer entfernt liegenden Atomkraftwerk Unterweser vor acht Jahren. Die Folgen habe man gerade noch in den Griff bekommen. Die alte Bundesregierung habe die Laufzeiten der Atomkraftwerke schließlich aus Sicherheitsgründen begrenzt. Die Politik sei in der Pflicht, die Risiken nicht weiter zu vergrößern. Auch der Oldenburger Stadtrat müsse sich seiner Verantwortung für das Leben und die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger stellen.

Ratsfrau Woltemade teilt mit, dass die Fraktion der Linkspartei die Resolution un-

terstütze, denn Tschernobyl dürfe nicht vergessen werden und es sei wichtig, daran zu erinnern. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um den Ausstieg aus dem Atomausstieg sei der Reaktorunfall eine Mahnung, die leider nicht an Brisanz verloren habe.

Ratsfrau Neumann-Gäßler stellt fest, dass man sich spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl über die Begrenztheit der Machbarkeit bestimmter Techniken bewusst sei. Die SPD-Fraktion unterstütze die Resolution und hebe insbesondere die Formulierung in der Überschrift „Strom ohne Atom - Die Energiewende beginnt in der Kommune“ hervor. Genau damit habe man in Oldenburg in den letzten Jahren bereits begonnen, sei es im Rahmen der Veranstaltung „Klimaplust“ oder durch eine Vielzahl von anderen Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs.

Ratsfrau Flemming Schneider verliest den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 14).

Ratsherr Schwartz informiert, die FDP-Fraktion habe sich gewünscht, die Entschließung in einer Fachausschuss-Sitzung so vorzubereiten, dass sie auch in allen Einzelheiten von allen Fraktionen mitgetragen werden könne, wobei seine Fraktion die Kernaussage unbedingt unterstütze. Einige Passagen der vorgeschlagenen Resolution seien etwas unbestimmt, daher beantrage er für seine Fraktion die Verweisung in den Fachausschuss.

Ratsherr Bernhardt ist erfreut über die signalisierte Zustimmung der SPD-Fraktion und begrüßt die Verteidigung der Position des Atomausstieges der Partei auf Bundesebene. Eine „unrühmliche Rolle“ spiele zum Thema Herr Dr. Brinker von der EWE, der vor kurzem einen Kurswechsel in der Energiepolitik insofern gefordert habe, als dass er sich für die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ausgesprochen habe. Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt von 30 % betrage der Anteil des Atomstromes bei der EWE deutlich überproportional 50 %. Bereits 2002/2003 habe man festgestellt, dass man immerhin bis zum Jahre 2050 eine vollständige Energieversorgung mit alternativen Energien realisieren könne, wenn entsprechende Maßnahmen ergriffen würden. Er plädiert, den Bereich der erneuerbaren Energien noch schneller und weiter auszubauen. Die Zukunft liege in einer Energieversorgung ohne den risikobehafteten Atomstrom und dafür müsse man sich auch auf kommunaler Ebene einsetzen.

Ratsherr Norrenbrock findet die Aussage richtig „Tschernobyl darf nicht vergessen werden“, er frage sich aber nach dem Ziel der Resolution. Wenn man bedenke, dass die Kraftwerke u. a. in Frankreich und in den östlichen Ländern über nicht so hohe Sicherheitsstandards verfügten wie die deutschen Kraftwerke und deutsche Unternehmen Strom von dort bezögen, halte er es für wichtig, dass die Entwicklung und Forschung auf diesem Gebiet im eigenen Interesse weiter betrieben werden.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck lässt über den Verweisungsantrag in den Ausschuss für Stadtgrün und Umwelt abstimmen:

Der Antrag wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen -

Anschließend lässt er über die beantragte Resolution abstimmen:

Der Resolution wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen und fünf Enthaltungen -

zu 11.3 **Deftig Ollnborger Gröönkohl-Äten - Neukonzeption (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2006)**  
(Anlage 15)

Ratsfrau Menge weist darauf hin, dass das Grünkohllessen, welches auch künftig maßgeblich von drei Banken, zwei Wirtschaftsunternehmen und der Stadt organisiert werde, sich im nächsten Jahr zum 50. Mal jähre. Die Stadt repräsentiere in Berlin einen Querschnitt aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Auch wenn man der Veranstaltung insgesamt kritisch gegenüberstehe, werde sie stattfinden und das Ziel der Fraktion sei nun, das künftige Niveau, insbesondere für die Jubiläumsveranstaltung, zu verbessern. Sinn und Zweck sei immer gewesen, Landes- und Bundespolitiker mit der kommunalen Politik und der Wirtschaft an einen Tisch zu bringen, um direkt und unkompliziert finanzielle Unterstützung für Projekte anzusprechen oder auch verbandstechnische Angelegenheiten neu zu strukturieren. Leider habe man aber feststellen müssen, dass sich fast ausschließlich alle Bundes- und Landespolitiker nach dem eigentlichen Essen bereits verabschiedeten und der gewünschte Austausch nicht zustande käme. Aufgrund der Allgemeinen Haushaltslage gebe es auch keine finanziellen Mittel mehr, die durch ein Gespräch am Tisch verteilt werden könnten. Man solle meinen, die auf der Veranstaltung verbleibenden Vertreter aus Wirtschaft, Banken, Verwaltung und Kommunalpolitik nutzten die Gelegenheit, über Public Private Partnership-Projekte zu sprechen, jedoch sei dies offenbar nicht der Fall, zumal die Herren in fast gleicher Zusammensetzung mehrmals im Jahr auf Veranstaltungen zusammenträfen, so Ratsfrau Menge weiter. Sponsoring und finanzielle Beteiligungen seien bereits vorher langfristig festgelegt und andernorts beschlossen worden. Besonders bedauerlich sei, dass eine so geringe Anzahl von Frauen, insgesamt lediglich 10,4 % der Teilnehmer, zu der Veranstaltung eingeladen worden seien und somit offenbar Oldenburgs wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Realität widerspiegeln. Sie hebt in einigen Bereichen die deutliche Unterrepräsentation von Frauen durch Nennung von Zahlen hervor. Aus Gesprächen am Tisch habe sie entnommen, dass nicht nur sie das Rahmenprogramm kritisch sehe und sich auch andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschten, die Veranstaltung nicht so „provinziell“ durchzuführen. Sie appelliert, Ideen in eine Arbeitsgruppe einzubringen, damit sich Oldenburg 2007 modern, kreativ, jung und mit viel mehr Frauen in Berlin präsentiere und bittet um Zustimmung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ratsherr Schwartz gibt seiner Vorrednerin Recht, was den zu geringen Frauenanteil angeht. Hier bestehe Handlungsbedarf. Was aber die Äußerung angehe, die Veranstaltung sei zu provinziell, so könne er dies nicht nachvollziehen und habe dies auch bisher nicht von anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wahrnehmen können. Oldenburg habe mit dieser Veranstaltung ein Alleinstellungsmerkmal und werde von anderen Städten darum beneidet. Die Vielzahl der Kontakte, die anlässlich des Grünkohllessens im Laufe der Jahrzehnte bereits entstanden seien, seien kaum mehr messbar. Beispielsweise Projekte wie das Huntebad und die Arena seien dort angeschoben worden. Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe halte man für untauglich und überflüssig, zumal es Aufgabe des Oberbürgermeisters sei, über die Art und Weise der Repräsentation der Stadt zu entscheiden. Daher lehne die FDP-Fraktion den Antrag ab.

Ratsherr Adler betont, die Fraktion der Linkspartei habe die Einladung zum Grünkohlessen noch nie angenommen und werde dies auch nicht tun, solange die Veranstaltung so ablaufe, wie es bisher der Fall sei. Offenbar nähmen sich die Kommunalpolitiker sehr wichtig, wenn sie dann Gelegenheit hätten, neben Bundespolitikern zu sitzen. Im Übrigen werde die Veranstaltung aus Steuermitteln finanziert und sei auch noch undemokratisch, was die Wahl des Kohlkönigs betreffe. Das Kurfürstenkollegium sei durch nichts legitimiert und es führe dann zu solchen Peinlichkeiten, dass man ausgerechnet die „oberste Pappnase“, den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff, zum Kohlkönig wähle, wenn man sich auf der anderen Seite im Rat mehrfach kritisch mit der Politik der Landesregierung, insbesondere mit der in seiner Verantwortlichkeit liegenden Haushaltspolitik zu Lasten der Kommunen, auseinandergesetzt habe.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck rügt den Ausdruck „Pappnase“.

Ratsherr Klarmann sieht sehr wohl offene Fragen im Zusammenhang mit der Organisation des Kohlessens und hält es für legitim, über eine Neukonzeption zumindest nachzudenken. Die CDU-Fraktion wäre bei solchen Überlegungen gern dabei und könne den Antrag daher nur unterstützen.

Ratsherr Dr. Knake stellt mit Hinweis auf die Wortbeiträge von Ratsherrn Adler und Ratsfrau Menge fest, dass offenkundig die Bedeutung der Veranstaltung verkannt werde und dies nicht in der Art und Weise in den Rat hineingehöre. Die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck lässt über den Antrag abstimmen:

Der Antrag wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 22 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen -

**zu 11.4 Erweiterung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen und Kulturausschuss (SPD-Fraktion vom 08.03.2006)**  
(Anlage 16)

Ratsfrau Burdick informiert, dass die Seniorenvertretung gegenüber der SPD-Fraktion den Wunsch geäußert habe, neben der bereits erfolgten Entsendung von Vertretern in den Sozial- und Verkehrsausschuss nunmehr auch Vertreter in den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen und den Kulturausschuss entsenden zu wollen. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung unterstütze die Fraktion den Wunsch nachhaltig, die Belange der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger künftig stärker zu berücksichtigen. Daher habe die Fraktion den Antrag eingebracht.

Ratsherr Siek verweist auf die nunmehr seit 25 Jahren fortwährende Forderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ausschüsse, insbesondere den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen um beratende Mitglieder zu erweitern. Dies sei von den Mehrheiten immer wieder abgelehnt worden. Er könne nicht nachvollziehen, weshalb nun der Antrag im Rat gestellt werde, den Ausschuss um ein Mitglied der Seniorenvertretung zu erweitern, ohne überhaupt den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen zu beteiligen. Er frage sich, weshalb gerade vor dem Hintergrund der Altersstruktur im Fachausschuss überhaupt die Beteiligung der Seniorenvertretung noch notwendig sei und weshalb nicht auch über andere Be-



teiligungen, wie etwa die des Stadtelternrates oder Vertreter von Kindergärten, nachgedacht werde. Dies müsse aber im zuständigen Ausschuss mit der gebotenen Wichtigkeit diskutiert werden.

Ratsherr Krummacker stellt sich ebenfalls die Frage, weshalb mit dem Antrag der SPD-Fraktion lediglich die Seniorenvertretung für die Ausschussbeteiligung vorgeschlagen werde. Er verkenne nicht die demografische Entwicklung, jedoch müsse man gerade vor diesem Hintergrund den Trend stoppen und über Kinderfreundlichkeit und Abbau von Schwellen für Familien in den Kommunen nachdenken, so dass er eher die Notwendigkeit der Beteiligung von Kinder- und Jugendvertretungen sehe. Außerdem sei die Seniorenvertretung ohnehin über das gesetzliche Beteiligungsverfahren in Planungen eingebunden. Der Antrag verfehle daher sein Ziel und werfe die Frage auf, weshalb lediglich eine Gruppe neu in die Fachausschussbeteiligung aufgenommen werden solle. Eine vernünftige Bürger- und Verbandsbeteiligung müsse für jeden Ausschuss detailliert, sehr wohl auch kritisch, hinterfragt werden. Kurz vor Ende der Wahlperiode mache eine Umsetzung keinen Sinn mehr, allerdings könne man beraten und dem neu gebildeten Rat Empfehlungen geben. Die FDP-Fraktion könne sich daher einem Verweisungsantrag anschließen.

Ratsfrau Woltemade verweist auf die Beiträge der Vorredner, denen sie zustimmen könne. Sie berichtet von ihren Eindrücken anlässlich der Teilnahme an einer der ersten Sitzungen des Kulturausschusses. Dort habe sie die fehlende Beteiligung von beraten Mitgliedern vermisst, worauf ihr gesagt worden sei, dass es nicht üblich und notwendig sei, den Ausschuss zu erweitern. Für den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen halte sie es grundsätzlich für wichtiger, eine Vertretung der Agenda 21 mit einzubeziehen statt einen Vertreter der Seniorenvertretung.

Ratsherr Klarmann wundert sich über den Antrag der SPD-Fraktion und begrüßt den Wortbeitrag von Ratsherrn Krummacker. Den Verweis auf den neuen Rat könne er nur unterstützen. Eine Zurückweisung in die Fachausschüsse halte er für überflüssig. Der neue Rat solle sich mit der Thematik befassen. Auch als sich seinerzeit der Rat konstituiert habe, hätten entsprechende Anträge der Seniorenvertretung vorgelegen. Diese seien seinerzeit abgelehnt worden. Auch die CDU-Fraktion war kürzlich mit dem erneuten Begehren von der Seniorenvertretung angesprochen worden, sie habe aber die Thematik mit Hinblick auf die bereits früher geführten Diskussionen nicht gleich als Thema für die Ratssitzung aufgegriffen, wie es offenkundig die SPD-Fraktion getan habe.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck hinterfragt, ob der Wortbeitrag von Ratsherrn Siek als formeller Verweisungsantrag in die Fachausschüsse gewertet werden solle, was dieser verneint. Er lässt anschließend über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Der Antrag wird abgelehnt.

- mehrheitlich mit 19 Gegenstimmen und einer Enthaltung -

*Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck bietet an, die Sitzung angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der noch zu erwartenden Wortbeiträge für eine kurze*

*Pause zu unterbrechen. Der Vorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.*

zu 11.5 **Abwahl und Neuwahl des Vertreters des Rates im Verbandsausschuss des Landeselektrizitätsverbandes (LEV) (Fraktion der Linkspartei vom 13.03.2006)**  
**Vorlage: 06/0291** Anlagen 17 und 18)

Mit Hinweis auf die Erläuterungen der Verwaltung zur gesetzlich nicht möglichen Abwahl zieht Ratsherr Adler den Antrag zurück.

Die Wortmeldungen von Ratsherrn Rosenkranz und Ratsherrn Bernhardt werden vor diesem Hintergrund vom Stellvertretenden Ratsvorsitzenden Reck nicht zugelassen.

zu 11.6 **Verlängerung des Lambertimarktes (Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen vom 14.03.2006)**  
**Vorlage: 06/0296** (Anlage 19)

Ratsherr Siek informiert, dass der Schaustellerverband anlässlich seines Empfanges auf das Problem hingewiesen habe, das durch die Lage der Weihnachtsfeiertage in diesem Jahre bestehe und zwar die damit verbundene Verkürzung des Lambertimarktes um knapp eine Woche. Dies führe zu Einnahmeverlusten bei den Schaustellern, aber auch insgesamt zu einem Besucherrückgang in der Innenstadt. Dies sei Hintergrund des Antrages vom 14.03.2006, wobei er kritisiere, dass erst heute als Tischvorlage ein Antwortschreiben der Verwaltung an den Schaustellerverband aufgrund dessen Antrages vom 05.03.2006 vorgelegt worden sei. Die Verwaltung lehne offenbar die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Vorverlegung mit dem Hinweis auf den nicht gewünschten Marktbetrieb am Totensonntag und den davor liegenden Buß- und Betttag unter Berücksichtigung der kirchlichen Belange ab. Es sei von seiner Fraktion ohnehin vorgeschlagen, den Totensonntag marktfrei zu halten, so dass er nicht nachvollziehen könne, was gegen die Zustimmung spreche. Der Buß- und Betttag sei ein ganz normaler Arbeitstag.

Ratsherr Krummacker berichtet, der Schaustellerbverband habe die Bitte auch an die FDP-Fraktion herangetragen. Er wolle die Thematik aber nicht heute im Rat entschieden wissen, da er eine ordnungsgemäße, ruhige Beratung im Fachausschuss für sinnvoller halte, zumal es keine Dringlichkeit gebe. Grundsätzlich spreche nichts gegen eine Verlängerung, es gelte aber offene Fragen zu klären, beispielsweise die Berücksichtigung der Situation der Marktkaufleute. Die Schausteller hatten mit ihrem Begehren auch keine breite Diskussion im Rat beabsichtigt, sondern vielmehr auf eine sachliche Beratung im Fachausschuss gehofft. Er beantragt daher den Verweis in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung.

Ratsherr Mühlbradt macht deutlich, auch die SPD-Fraktion sehe das Problem der Verkürzung des Lambertimarktes, das dadurch entstehe, dass der 24. Dezember auf den 4. Advent falle. Auch wenn in der Vergangenheit die Verkürzung in entsprechenden Jahren von den Schaustellern hingenommen worden sei, bestehe nun vor dem Hintergrund der immer geringeren Einnahmen und hohen Betriebskosten Handlungsbedarf. Die Fraktion könne allerdings dem Antrag, den Lambertimarkt bereits vor Totensonntag beginnen zu lassen, nicht zustimmen, da er dann in der Woche um Volkstrauertag und Buß- und Betttag beginnen würde. Zwar sei der Buß- und Betttag nicht mehr arbeitsfrei, jedoch nach wie vor ein kirchlicher Feiertag. Auch wenn jemand keine starke oder auch gar keine Bindung

zur Kirche besitze, so sein Eindruck, wollten die meisten Menschen gerade diese Woche in Besinnlichkeit und Ruhe verbringen. Die SPD-Fraktion schlage vor, dass die Schausteller mit dem Markt zwar nicht vor Totensonntag beginnen, jedoch bereits aufbauen könnten, so dass der Markt am Montag eröffnet und bis nach Weihnachten verlängert werden könne. Die Einzelheiten sollten aber abgeprochen und im Fachausschuss beraten werden.

Ratsherr Adler hält nichts von einer Ausdehnung des Lambertimarktes. Auch wenn er nicht kirchlich geprägt sei, könne er dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen, das Weihnachtsfest immer mehr zu kommerzialisieren und die kirchlichen Feiertage nicht zu respektieren.

Ratsherr Klarmann warnt davor, anlässlich von Empfängen vorschnell Zusagen zu machen. Er halte es für sinnvoll und richtig, die Angelegenheit ausführlich im Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu diskutieren und schließe sich daher dem Verweisungsantrag an. Das Antwortschreiben des Oberbürgermeisters sei für ihn im Ergebnis nicht zufrieden stellend, auch fehle die vorherige Einbindung der Politik.

Oberbürgermeister Schütz stimmt Herrn Klarmann im Ergebnis zu, dass die Angelegenheit im Ausschuss für Wirtschaftsförderung erörtert werden solle. Es handle sich zwar um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, welches aber der Rat an sich ziehen könne. Ein Respekt des Kirchenjahres, insbesondere die sensible Woche zwischen Volkstrauertag und Totensonntag, stände auch der CDU-Fraktion als christliche Partei gut zu Gesicht. Er selbst habe von Anfang an klar gemacht, auch ganz offen anlässlich des Empfanges des Schaustellerverbandes, dass für ihn eine Vorverlegung vor den Totensonntag nicht in Frage käme. Zusagen habe er ganz und gar nicht gemacht. Im Übrigen habe zwischenzeitlich auch der Deutsche Schaustellerverband die Empfehlung an die Schausteller ausgesprochen, die Weihnachtsmärkte nicht vor Totensonntag beginnen zu lassen.

Ratsfrau Neumann-Gäßler wundert sich ebenfalls über die wenig christliche Berücksichtigung des Kirchenjahres durch die CDU-Fraktion und verweist auch auf die Empfehlung des Deutschen Schaustellerverbandes.

Ratsherr Bernhardt stimmt ebenfalls einer Beratung im Fachausschuss zu. Es sei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darum gegangen, überhaupt einen Abwägungsprozess einzuleiten, um eine für alle Beteiligten zufrieden stellende Lösung zu erreichen. Verwundert sei er über die Aussage von Ratsherrn Adler, der eine Verlängerung des Lambertimarktes um drei Tage mit einer Kommerzialisierung der Vorweihnachtszeit in Zusammenhang bringe. Bei den Überlegungen zur Verlängerung der Öffnungszeit gelte es auch, die Interessen der Marktkaufleute zu berücksichtigen, wobei der unattraktivere Alternativstandort am Berliner Platz mit dem Baubeginn des ECE-Centers ohnehin wegfalle und hier Lösungen erarbeitet werden müssten.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck lässt über den Vereisungsantrag in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung abstimmen:

Dem Antrag wird zugestimmt.

- einstimmig -

## **partei vom 15.03.2006)**

(Anlagen 20 und 21)

Ratsfrau Woltemade informiert, dass der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ von der Deutschen Umwelthilfe ausgerichtet werde und ein gutes Instrument für die Kommunen sei, eine alljährliche Einschätzung ihres Agenda21-Prozesses und einer umfassenden Kontrolle ihrer bislang erzielten Ergebnisse im Bereich der ökologischen, sozialen und ökonomischen Qualitäten durchzuführen. Die von der Umwelthilfe vorgegebenen Indikatoren seien eine geeignete Messhilfe, die die Kommunen nach Auswertung in die Lage versetzten, Ziele neu zu bestimmen und neue Prioritäten in der Kommunalpolitik zu setzen. Der Prozess werfe eine ganze Reihe von Fragen auf, wie z. B. die nach der nachhaltigen Entwicklung, dem Vergleich zu anderen Städten und dem Verlauf des Agenda21-Prozesses im Sinne einer echten Bürgerbeteiligung. Die Antworten würden anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren ermittelt. Sie halte den Kriterienrahmen für sehr geeignet, um eine Art Nachhaltigkeitscontrolling zu nutzen. Sie erläutert kurz die Inhalte der vier Leitkategorien, Wohlbefinden, Soziale Gerechtigkeit, Umweltqualität und Ressourceneffizienz und wirtschaftliche Effizienz. Kürzlich habe man erfahren, dass die Ergebnisse des Wettbewerbs vorlägen, jedoch nicht veröffentlicht worden seien, was unweigerlich zu Spekulationen führe. Sie halte es für verantwortungslos den kommunalen Vertretern und Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt die Ergebnisse vorzuenthalten und erwarte dazu eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters. Sie verliest einen Antrag (**Anlage 21**). *Für die Beschlussfassung über gibt Ratsfrau Woltemade den formulierten Antrag in Schriftform an den Stellvertretenden Ratsvorsitzenden Reck.*

Ratsfrau Scheller teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze den Antrag. Zwar habe Oberbürgermeister Schütz das Energiecluster und das Managementsystem "European Energy Award" auf dem Programm, was aber bei den Bürgerinnen und Bürgern zum Thema Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit ankomme, sei bitter wenig. Die Vorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie Energieeinsparung in den Gebäuden der Stadt, Stärkung der RUZ und Nachhaltigkeitsüberprüfungen aller geeigneten Entscheidungen in den Ausschüssen seien aber nie aufgegriffen worden. In der Wirtschaftsförderungs- und Verkehrspolitik lasse er sogar die wesentlichen Forderungen des Aktionsprogramms der Lokalen Agenda völlig außer Acht. Sie wünsche sich, dass der Oberbürgermeister auf die mehrfach vorgebrachten Forderungen stärker eingehe.

Stadtbaurat Dr. Pantel warnt davor, aus allen Rankings ohne kritisches Hinterfragen Schlüsse zu ziehen. Gerade bei dem zur Rede stehenden Ranking habe er Zweifel an der Aussagekraft, denn wie könne es realistisch sein, dass die Stadt Oldenburg von Rang 3 im Jahre 2001 auf Platz 7 im Jahre 2003 abgerutscht sei, wobei die Kategorien und Kriterien für die Auswertung ausschließlich Konstante und im übrigen insgesamt 37 selbst genannte Kriterien, wie z. B. Flächenverbrauch, Umweltqualität und Ressourceneffizienz, seien. Eine Objektivität des Wettbewerbs werde nur vorgespiegelt. In einer Aufzählung stellt er die Stärken Oldenburgs gemäß Auswertung des Wettbewerbs, wie z. B. Platz 1 in den Punkten Vereinsleben, Wanderungssaldo, größte Dichte von Bäumen bezogen auf die Siedlungsdichte, geringster kommunaler Schuldenstand, gut ausgebautes Fahrradwegenetz etc. dar. Auch die aufgezeigten Schwächen, wie die größte PKW-Dichte, wenig Kraft-Wärme-Kopplung, wenig öko-zertifizierte Unternehmen und ein großer Flächenverbrauch, wobei Letzterer durch die Struktur bedingt sei, führt er auf. Gerade im Bereich Flächenverbrauch arbeite sein Dezernat an Projekten, die sich auf vorhandenen Flächen bewegten, wie beispielsweise an der Nachnut-

zung der Kasernengebiete und der Wasserstadt. Auch erinnere er in diesem Zusammenhang an die großen Projekte der Stadt zur Energieeinsparung. Zusammenfassend wolle er verdeutlichen, dass die eher negativ bewerteten Kategorien strukturell bedingt seien und man berücksichtigen müsse, mit welchen Städten und deren Ausgangsposition man sich im Ranking befinde.

Ratsherr Adler kritisiert die selektive Auswahl der Kriterien, nach denen der Stadtbaurat Beispiele aufgezählt habe. Er habe erwartet, dass die Verwaltung in den Ausschüssen, nicht nur im Ausschuss und Stadtgrün und Umwelt, berichte und Schlüsse daraus ziehe, woran es liege, dass man von Platz 3 auf Platz 7 von insgesamt 11 Städten im Ranking gesunken sei. Offenbar wolle man sich im Wahljahr nicht der Tatsache stellen, dass es eine Negativentwicklung gebe und wolle Tatsachen vertuschen. Ansätze für einen Handlungsbedarf habe der Wortbeitrag des Stadtbaurates beispielsweise aufgezeigt, was die Kraft-Wärme-Kopplung angehe. Er frage sich, weshalb man nicht beim Huntebad längst entsprechende Pläne umgesetzt habe.

Ratsfrau Neumann-Gäßler beantragt, die Ergebnisse des Wettbewerbs in den Fachausschüssen vorzustellen. Sie verweist in diesem Zusammenhang allerdings auch auf die Arbeit des Oldenburger Nachhaltigkeitsrates (ONR), in den alle Ratsfraktionen einen Vertreter entsandt hätten. Auf Vorschlag des Agendabeauftragten sei anlässlich der letzten Sitzung, an der bedauerlicher Weise eine Reihe von Ratskollegen nicht teilgenommen hätten, ein Kriterienkatalog für eine *aussagekräftige, aktuellere Erhebung und Auswertung*, ähnlich wie im besagten Wettbewerb, vorgestellt worden. Alle Mitglieder und Fraktionen hätten nun die Möglichkeit, diesen Kriterienkatalog zu überarbeiten und zu ergänzen. *Einer anschließenden Erhebung und deren Auswertung sei zugestimmt worden*. Sie appelliert eindringlich, diese Ergebnisse abzuwarten und die Arbeit des ONR ernst zu nehmen.

Oberbürgermeister Schütz macht deutlich, dass auch aus seiner Sicht bei dieser Teilnehmerzahl und den vorgegebenen Parametern keine objektive Beurteilung im Rahmen des Wettbewerbs möglich sei. Die strukturell bedingt negativ bewerteten Kriterien in Oldenburg, wie z. B. PKW-Dichte und Flächenverbrauch an der Arbeit des Oberbürgermeisters zu messen, halte er schlechterdings für unseriös und insbesondere im Bereich Energiepolitik werde in Oldenburg gute Arbeit geleistet. Gerade der Bereich Energieeffizienz, regenerative Energien und Energieeinsparung sei ihm persönlich ein besonderes Anliegen.

Ratsherr Siek ist mit den Beiträgen der Verwaltung nicht einverstanden. Den zur Rede stehenden Wettbewerb kenne er, wie vermutlich die Mehrheit der Anwesenden nicht, daher halte er es für sinnvoll, die Objektivität der Kriterien und des Wettbewerbs in den Fachausschüssen näher zu diskutieren.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck verliest den eben schriftlich vorgelegten Beschlussvorschlag (Anlage 21).

Ratsherr Dr. Knake beantragt, das Thema und den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen.

Dem Antrag wird zugestimmt:

- mehrheitlich bei 23 Gegenstimmen -

## Nichtöffentlicher Teil

-----

R e c k  
Stv. Ratsvorsitzender

S c h ü t z  
Oberbürgermeister

J e r k e  
Protokollführerin